

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: OPEC - Arbeitslosigkeit - EWS - EG-Sanktionen - Grönland

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1982) : Kurz kommentiert: OPEC - Arbeitslosigkeit - EWS - EG-Sanktionen - Grönland, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 3, pp. 109-110

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135655>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

OPEC

Krisenstimmung

Nur vier Monate, nachdem sich die Hochpreisländer in der OPEC dem Druck des Marktes gebeugt haben und mit Preissenkungen die Rückkehr zu einem (mehr oder weniger) einheitlichen Preissystem für OPEC-Öl ermöglichten, droht dem System erneut Gefahr – diesmal von den Billiganbietern. Mehrere Mitgliedsländer verkaufen Öl unter den vereinbarten Preisen, die meisten scheuen sich allerdings, dies offen zuzugeben. Saudi-arabisches „Referenzöl“, das offiziell noch zu 34 \$ verkauft wird, war auf den Spotmärkten bereits 5 \$ billiger zu haben. Die OPEC befürchtet, daß diese Entwicklung allgemein auf die Exportpreise durchschlagen könnte, zumal andere Förderländer, die sich bisher den Preisforderungen der OPEC angepaßt hatten, diesmal mit Preissenkungen den Vorreiter spielen. Eine Krisensitzung noch vor dem nächsten regulären Treffen im Mai erscheint unvermeidlich.

Die Chancen der OPEC, den Druck auf die Ölpreise zu vermindern, sind zur Zeit allerdings nicht gut. Zunehmende Einsparungen, die weiterhin schwache Konjunkturlage und ein anhaltend starker Lagerabbau haben die Weltölnachfrage noch mehr als erwartet sinken lassen. Da viele OPEC-Länder ohnehin bereits seit Monaten weniger als geplant exportieren können, ist die Neigung zu weiteren Fördereinschränkungen gering. Selbst die Möglichkeiten der „Swing producer“ könnten bald erschöpft sein: Saudi-Arabien hat die Fördermenge bereits so weit zurückgenommen, daß nur noch wenig Raum für eine Drosselung besteht. Darüber hinausgehende Fördereinschränkungen würden die Finanzierung des saudi-arabischen Budgets aus den laufenden Öleinnahmen gefährden. Ohne eine weitere Förderkürzung werden die OPEC-Länder aber die Kontrolle über den Ölpreis, die ihnen gegenwärtig verlorengegangen ist, kurzfristig nicht wiedergewinnen. ma

Arbeitslosigkeit

Verschärfte Zumutbarkeit

Nach den neuen Richtlinien über die Zumutbarkeit von Beschäftigungen, die die Bundesanstalt für Arbeit plant, müssen Arbeitslose in Zukunft nach einer gewissen Karenzzeit auch Tätigkeiten übernehmen, die geringere Anforderungen an ihre Qualifikation stellen. Außerdem müssen sie Lohneinbußen hinnehmen. Ziel der Neure-

gelung ist es, die Inanspruchnahme von Leistungen der Arbeitslosenversicherung zu erschweren und damit auch die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit zu senken.

Über das Ausmaß der Auswüchse bei der Inanspruchnahme von Leistungen der Arbeitslosenversicherung gibt es nur Vermutungen. Selbst in den Fällen, in denen es zahlenmäßige Anhaltspunkte gibt, bleiben noch Fragen offen, so beim Vergleich der Zahl von 330 000 Sperrungen des Arbeitslosengeldes mit dem Neuzugang von 3,5 Mill. Arbeitslosen im Jahr 1981. Dies kann dafür sprechen, daß die Mißbräuche doch nicht so zahlreich sind wie oft angenommen. Es kann aber auch einfach bedeuten, daß von dem Instrument „Sperrung“ bisher nur relativ zurückhaltend Gebrauch gemacht wurde. Angesichts der schlechten Finanzlage des Staates ist jeder Versuch zu begrüßen, der es den verhältnismäßig wenigen „schwarzen Schafen“ unter den Arbeitslosen erschwert, zu Lasten des Rufes der vielen anderen die Möglichkeiten des sozialen Netzes zu mißbrauchen.

Ganz sicher ist die Maßnahme kein Mittel zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit. Die Vermittlung von Arbeitslosen ist derzeit nur sehr schwer möglich. Einer beim Arbeitsamt gemeldeten offenen Stelle stehen zwölf Arbeitslose gegenüber. Dies ist vor allem eine Folge der gesamtwirtschaftlichen Schwäche. Überdies gibt es offensichtlich erhebliche Strukturunterschiede zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Sie lassen sich mit einer „Herabqualifizierung“ der Arbeitslosen nicht überbrücken. Dafür sind vielmehr Maßnahmen zur Umschulung und Fortbildung erforderlich. sp

EWS

Die nächsten Abwertungskandidaten

Das jüngste Realignement im Europäischen Währungssystem (EWS), das eine Abwertung des belgischen Franc (und des mit diesem fest verbundenen luxemburgischen Franc) von 8,5 % und der dänischen Krone von 3 % mit sich brachte, war das fünfte in der dreijährigen Geschichte des Währungsverbundes. Die letzten drei Anpassungen vollzogen sich dabei in einem Zeitraum von nur knapp einem Jahr.

Das Realignement vom Februar dürfte wohl nicht das letzte in diesem Jahr gewesen sein. Einer der nächsten Abwertungskandidaten könnte Irland sein, das mit einer Inflationsrate von 23 %, einem Leistungsbilanzdefizit

von über 11 % des Bruttosozialprodukts und einer Arbeitslosenquote von knapp 10 % traurige Rekorde in der EG verzeichnet. Tendenziell abwertungsgefährdet ist auch der französische Franc: Bei einer erwarteten Inflationsrate von etwa 14 % für 1982 und einer sich möglicherweise noch stärker defizitär entwickelnden Leistungsbilanz bleibt der Franc-Kurs anfällig. Zum Vergleich: in der Bundesrepublik rechnet man mit einem Rückgang der Inflationsrate auf 5 % und einer starken Verbesserung der defizitären Leistungsbilanz. Angesichts fehlender parlamentarischer Voraussetzungen für eine konsequente Stabilitätspolitik bleibt auch für die Dänekrone nur die Option der Abwertung, da es nur eine Frage der Zeit ist, wann die durch die gegenwärtige Abwertung verbesserte internationale Konkurrenzfähigkeit von der Inflation wieder aufgezehrt ist.

Das EWS wird also weiterhin ein System mit fortlaufender Leitkursanpassung bleiben müssen. Die Notwendigkeit der Anpassung macht deutlich, daß die Realisierung einer europäischen Währungsunion in weiter Ferne liegt. kr

EG-Sanktionen

Signalwirkung

Im Februar entschloß sich die EG-Kommission eher halbherzig, Vorschläge über Importkürzungen im Handel mit der Sowjetunion auszuarbeiten. Dabei dürfte sich die EG darüber im klaren sein, daß diese Sanktionen über eine reine Signalwirkung kaum hinausgehen werden.

Die zur Disposition stehenden Luxusgüter und andere Fertigerzeugnisse wie Kraftfahrzeuge, Elektromotoren, Uhren, Holz- und Glasprodukte und Textilien, die zum Teil bereits Einfuhrkontingenten unterliegen, machten 1980 mit 830 Mill. ECU (rd. 2,034 Mrd. DM) etwa 8 % der EG-Gesamtimporte aus der UdSSR aus. Die Roh- und Brennstoffimporte aus der Sowjetunion, die im selben Jahr 78 % der Gesamteinfuhren betragen, sind dank eines vitalen Eigeninteresses der Gemeinschaft an diesen Produkten von diesen Sanktionen ausgenommen.

Im Prinzip könnte die beabsichtigte 50 %ige Kürzung der genannten Importe, die einen Rückgang der sowjetischen Deviseneinnahmen um über 400 Mill. ECU bedeuten würde, die Sowjetunion durchaus treffen. Wie ihre gegenwärtigen Aktivitäten auf westlichen Gold- und Finanzmärkten beweisen, leidet die Sowjetunion unter erheblichem Devisenmangel, der sich aufgrund des

nochmaligen Rückgangs der landwirtschaftlichen Produktion und des damit verbundenen erhöhten Einfuhrbedarfs an Agrarprodukten noch verschärfen dürfte.

Innerhalb der EG besteht jedoch keineswegs Einigkeit darüber, welche Warengruppen in die Sanktionen einbezogen werden sollen. Und auch bei einer Ablösung der offenbar nicht mehr praktizierfähigen Einstimmigkeit durch Mehrheitsbeschlüsse im EG-Ministerrat dürften die letztlich beschlossenen Importkürzungen wohl niedriger ausfallen als ursprünglich geplant. pp

Grönland

Austrittswunsch

In Brüssel wird nur mühsam überdeckt, daß man beleidigt ist: die Grönländer haben, ungeachtet der Tatsache, daß ihr Land als sogenannte vorrangige Region in der Vergangenheit finanziell erheblich durch die Gemeinschaft unterstützt wurde, mehrheitlich dafür votiert, der EG den Rücken zu kehren. Trotz der eher geringen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung Grönlands für die EG hat das Ansehen der Gemeinschaft durch den Austrittswunsch eine Einbuße erlitten.

Vor diesem Hintergrund müssen die Vorstellungen der den EG-Austritt befürwortenden grönländischen Regierungspartei als illusionär angesehen werden. Sie möchte einen den französischen Überseedepartments vergleichbaren Status für Grönland erlangen, der die bisherigen Vorteile auch in Zukunft weitgehend erhalten würde. Der Verhandlungsmacht der EG, dies führen z. B. die Beitrittsverhandlungen mit den südeuropäischen Ländern deutlich vor Augen, hat jedoch ein einzelnes kleineres Land kaum etwas entgegenzusetzen. Die Fangrechte für Fisch vor der grönländischen Küste, an denen die Gemeinschaft vor allem interessiert ist, besitzen nicht annähernd den Gegenwert des bisherigen finanziellen Engagements der EG in Grönland. Da außerdem andere Länder bzw. Gruppierungen, die mit einem Austritt aus der EG liebäugeln, nun nach Grönland blicken, ist zu vermuten, daß die Grönländer ihren Wunsch nach Selbstbestimmung über ihre Fanggründe – einer der wesentlichen Gründe für die Entscheidung gegen den Verbleib in der EG – recht teuer bezahlen werden. Auch wenn in Brüssel nicht ernsthaft mit einer Sogwirkung des Grönland-Votums auf andere Länder gerechnet wird, ist ein gewisser politischer Druck vorhanden, in den anstehenden Verhandlungen wenig „Goodwill“ zu zeigen und die negativen Konsequenzen eines solchen Schrittes durchaus deutlich werden zu lassen. nt